

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 80 \mathcal{A} ,
für Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} pro Zeile.

Die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen und der Krieg.

(Zu unsern statistischen Erhebungen am 17., 24. und 31. August 1914.)

Es ist oft und laut gerühmt worden, daß in der deutschen Gewerkschaftsbewegung wenig oder gar nicht theoretisiert wird. Jetzt möchte man bedauern, daß insbesondere gewerkschaftstheoretisches Wissen in recht weiten Kreisen fehlt. Der Krieg hat die Existenzverhältnisse der Gewerkschaften sehr stark beeinträchtigt, und die Folgen dieser Beeinträchtigung lassen sich ohne gewerkschaftstheoretisches Wissen nicht so leicht begreifen. Zwar begreift jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter rasch, daß an Stelle der Kampfführung um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen die Unterstützungseinrichtungen in den Vordergrund der Gewerkschaftsaufgaben treten, aber er begreift nicht so leicht und schnell, daß auch diese von dem Uebergange vom Friedensverhältnis zum Kriegszustand hart betroffen werden. Hierzu gehört entweder persönliche Erfahrung — die niemand hat — oder gewerkschaftstheoretisches Wissen, woran es eben mangelt.

In unserm Zentralverbande brauchte das nicht so zu sein. Hier könnte man theoretisches Wissen in recht weiten Kreisen erwarten, weil an der theoretischen Basis unserer Arbeitslosenunterstützung jahrelang in voller Deffentlichkeit gearbeitet worden ist, und alle Daten, die zur Kontrolle ihrer Richtigkeit erforderlich sind, öffentlich bekannt und allen Verbandsmitgliedern zugänglich gemacht worden sind.

Unsere Arbeitslosenunterstützung ist nicht eingeführt worden als eine Art Arbeitslosenversicherung, sondern als eine Einrichtung, die bezweckt, arbeitslose Kameraden abzuhalten, Lohnrücker zu werden. Mit andern Worten: Man zahlt die Beiträge für diese Einrichtung nicht in erster Linie, um im Falle von Arbeitslosigkeit Unterstützung zu bekommen, sondern um sich gegen Lohnherabsetzungen zu versichern. Den Erfolg dieser Einrichtung haben nicht jene in der Tasche, die im Laufe der Jahre Arbeitslosenunterstützung erhalten haben, sondern jene, die in Arbeit standen und Lohn bezogen. Wir wissen freilich, daß dieser Grundsatz, der bei Schaffung unserer Arbeitslosenunterstützung allgemein bekannt gewesen und zur Schaffung der Arbeitslosenunterstützung geführt hat, im Laufe der Jahre stark verblaßt ist. Der Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Lohnsätze ist durch die Arbeitslosenunterstützung aufgehoben. Die Arbeitslosenunterstützung erscheint je länger je mehr als Selbstzweck. Das Walten der Dialektik bringt das mit sich. Mit dem Wandel in der Auffassung hat sich aber die tatsächliche Basis unserer Arbeitslosenunterstützung und ihre finanzielle Grundlage nicht geändert. Deshalb muß an ihre eigentliche Zweckbestimmung erinnert werden, um das theoretische Verständnis zu fördern, ohne das eine Gewerkschaft in kritischen Zeiten, wo ihre Existenzverhältnisse starken Wandel erfahren, nicht ungestört funktionieren kann.

Auf Grund von mehrjährigen statistischen Erhebungen wurde seinerzeit die Formel gefunden, daß je 100 Verbandsmitglieder durch Beiträge eine solche Summe Geldes aufzubringen hätten, daß davon 2,81 Arbeitslose unterstützt werden können. Diese Formel hat sich als richtig bewährt. Die zur Unterstützung der Arbeitslosen gebrauchte Summe ist manches Jahr etwas niedriger, in andern Jahren höher gewesen, weil die Arbeitslosigkeit nicht in jedem Jahre gleich groß ist. Diese Formel

muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die durch den Krieg umgestalteten Verhältnisse begreifen will.

Nach unsern Arbeitslosenzählungen in den Jahren 1899 bis 1908, die leider nicht fortgesetzt sind, ergibt sich, daß sich in normalen Zeiten die Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Monate im Jahre wie folgt verteilt:

Januar.... 21,99 pZt.	Mai..... 8,01 pZt.	September.. 3,68 pZt.
Februar... 19,48 "	Juni..... 2,17 "	Oktober.... 5,20 "
März..... 9,96 "	Juli..... 3,84 "	November... 6,94 "
April..... 4,68 "	August..... 2,61 "	Dezember... 17,99 "

Der Monat August gehört zu jenen Monaten, wo die Arbeitslosigkeit den geringsten Umfang annimmt. Nach unsern neuesten Erhebungen waren am 17. August 1914 10,93 pZt., am 24. August 10,62 pZt. und am 31. August 10,48 pZt. aller Verbandskameraden arbeitslos. Mit andern Worten: In diesem Kriegsmonat war die Arbeitslosigkeit etwa viermal größer als in normalen Zeiten! Ziehen wir unsere Formel heran, daß in normalen Zeiten je 100 Personen die Summe Geldes aufzubringen haben, womit 2,81 Arbeitslose unterstützt werden, dann müßten nun je 100 Mitglieder eine etwa viermal so große Summe aufbringen, um die in Frage kommenden Arbeitslosen mit den statutarischen Sätzen unterstützen zu können.

Nun waren aber am 17. August 30,83 pZt., am 24. August 33,82 pZt. und am 31. August 35,01 pZt. aller Verbandskameraden zum Militär eingezogen, sie kommen bei der Beitragsleistung nicht in Betracht. Beiträge können nur die Zurückgebliebenen leisten. Die ermittelte Zahl der zurückgebliebenen Verbandskameraden betrug am 31. August 36 707, davon waren nicht bloß 10 pZt., sondern rund 16 pZt. arbeitslos. Je 100 Verbandsmitglieder müßten demnach eine solche Summe Geldes aufbringen, daß davon etwa sechsmal soviel Arbeitslose unterstützt werden können als in Friedenszeiten. Das geht natürlich nicht, wie jeder einsehen wird.

Die von unserm Zentralverband tatsächlich geleisteten Arbeitslosenunterstützungen verteilen sich auf die Monate des Jahres etwas anders als die Arbeitslosigkeit nach den obigen Zahlen. Das erklärt sich daraus, weil es sich im Sommer meist um kurzfristige, im Winter um langfristige Arbeitslosigkeit handelt. Die Karenzzeit wird im Sommer öfter durchgemacht als im Winter. Die geleisteten Arbeitslosenunterstützungen in unserm Zentralverbande verteilen sich auf die Monate wie folgt:

Januar.... 26,08 pZt.	Mai..... 1,86 pZt.	September.. 1,01 pZt.
Februar... 33,66 "	Juni..... 1,26 "	Oktober.... 2,01 "
März..... 16,40 "	Juli..... 0,72 "	November... 3,18 "
April..... 5,32 "	August..... 0,71 "	Dezember... 7,79 "

Wer sich der Mühe unterzieht, im „Zimmerer“ nachzulesen, welche Geldsummen in den vorstehenden Verhältniszahlen ihren Ausdruck finden (in den Monaten August 1913 bis März 1914 wurde für 514 800 Tage Arbeitslosigkeit die Summe von M. 742 156,25 aus der Verbands-hauptkasse geleistet!) und sich dann auf Grund unserer Darlegungen vergegenwärtigt, daß sich die erforderlichen Summen im bevorstehenden

Winter eventuell vermehrfachen können, der wird ein Bild davon bekommen, wie überaus hart unsere gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen durch den Krieg betroffen sind. Natürlich ist die Annahme, daß sich die Verhältnisse, wie angegeben, entwickeln, nur Hypothese. Das heißt, die theoretische Basis unserer Arbeitslosenunterstützung berechtigt zu angebotener Annahme. Wir wissen jedoch nicht, ob es sich im Verlauf des Krieges um eine Steigerung der Arbeitslosigkeit wie in Friedenszeiten handelt, oder ob noch andere Erscheinungen hinzutreten. Darum werden sich von Zeit zu Zeit statistische Erhebungen notwendig machen, um über den tatsächlichen Verlauf der Dinge Gewißheit zu erhalten. Eines wissen wir nach unsern Erhebungen im August allerdings bestimmt, nämlich, daß die Friedensregel von den Kriegsverhältnissen zum schweren Nachteil unserer Verbandseinrichtung zur Unterstützung der Arbeitslosen umgeworfen ist. Es steht auf Grund dieser Erhebungen fest, daß die regelmäßigen Beiträge, die zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung erhoben werden und die im Friedensverhältnis ausgereicht haben, in Kriegszeiten weder ausreichen, noch so gesteigert werden könnten, daß sie für die statutarischen Unterstützungssätze Deckung böten. Selbst zur Auszahlung der durch die Zentral-

instanzen unseres Verbandes ermäßigten Unterstützungssätze muß der Vermögensbestand unseres Verbandes stark in Anspruch genommen werden. Während somit feststeht, daß die Arbeitslosigkeit im Kriegszustande weit höhere Anforderungen an die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen stellt als in Friedenszeiten, steigert der Kriegszustand das Unterstützungsbedürfnis auch über seinen bisherigen Rahmen hinaus. Die Familien der zu Kriegsdiensten eingezogenen Verbandskameraden sowohl als auch die ausgesteuerten arbeitslosen Kameraden erwarten Hilfe vom Verbands. Daß diese Unterstützungen leider nur bescheiden sein können, dürfte sich aus den in voriger Nummer bekanntgegebenen Beschlüssen der Zentralinstanzen unseres Verbandes sowohl wie aus den vorstehenden Darlegungen ergeben. In hohem Maße sind gerade diese Unterstützungen abhängig von der regelmäßigen und pünktlichen Beitragsleistung der in Arbeit stehenden Verbandskameraden.

Zimmerhin haben unsere statistischen Erhebungen im August der Unsicherheit ein Ende gemacht; wir wissen nun, in welcher Richtung der Kriegszustand auf unsere gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen einwirkt, und das ist nicht zu unterschätzen. Nichts ist für eine Organisation schlimmer, als uferlose Ungewißheit.

Vereinbarungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.

Um der Arbeitslosennot zu begegnen durch mögliche Schaffung von Arbeitsgelegenheit — übrigens die wirksamste Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit —, haben in Bremen Ende August zwischen Vertretern der Unternehmer und Arbeiter Verhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist folgendes: Mit Rücksicht auf die Kriegslage soll bis auf weiteres in den Beton-, Mauer- und Zimmererbetrieben die Arbeitszeit von neunehalb auf sechs Stunden herabgesetzt werden. Die Arbeitszeit beginnt um 7 1/2 Uhr morgens und endet um 4 Uhr nachmittags. Die Frühstückspause bleibt mit einer halben Stunde bestehen, die Mittagspause wird auf zwei Stunden verlängert. Die Arbeitszeit kann auf neunehalb Stunden belassen werden: erstens bei eiligen kleineren Reparaturen; zweitens, wenn ein dreitägiger Schichtwechsel eingeführt wird, so daß eine Kolonne die drei ersten Tage der Woche, eine zweite Kolonne die drei letzten Tage der Woche arbeitet. Poliere und Spezialarbeiter, welche an Maschinen arbeiten, oder deren Beschäftigung eine besondere Einarbeitung verlangt, können bei diesem Schichtwechsel die volle Woche mit neunehalb-stündiger Arbeitszeit durcharbeiten. — Diesen Vereinbarungen haben sowohl die Versammlungen der Unternehmer als auch der Arbeiter zugestimmt.

In Braunschweig hat der Vorstand unserer Zahlstelle im Auftrage einer Versammlung an die Zimmermeister das schriftliche Ersuchen gerichtet, Entlassungen nicht vorzunehmen, sondern die Arbeitszeit zu verkürzen. Wo noch ausreichende Arbeitsgelegenheit vorhanden, könnten bei verkürzter Arbeitszeit noch Arbeitslose eingestellt werden. Die Zimmermeister haben diesem Ersuchen zugestimmt; die verkürzte Arbeitszeit ist bereits zur Einführung gelangt.

Auch in Leipzig sind Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern geführt worden mit dem gleichen Zweck. Hier wurde vereinbart, daß nur drei Tage in der Woche gearbeitet werden soll beziehungsweise zwei Kolonnen zu bilden sind. Es soll dadurch die Unterbringung von Arbeitslosen sowie ein längeres Anhalten der vorliegenden Arbeiten erzielt werden. Die Firma Rudolf Walle läßt bereits nach den getroffenen Vereinbarungen arbeiten. Hier konnten schon Einstellungen von Arbeitslosen vorgenommen werden.

In noch einigen andern Verbandszahlstellen sind, wie uns mitgeteilt wird, Verhandlungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Schwebe. Wir erwarten, daß uns die Zahlstellenleitungen von etwaigen Vereinbarungen umgehend Mitteilung machen.

Kriegsmaßnahmen und die Arbeitgeberverbände.

Der Brandenburgische Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe empfiehlt seinen Mitgliedern, „in allen Fällen, wo es nur irgend angängig ist, ... die Betriebe möglichst aufrechtzuerhalten beziehungsweise sie wieder aufzunehmen“. Er legt ihnen weiter nahe, dafür zu sorgen, „daß die Zurückbleibenden ... Arbeit und damit Nahrung und Brot behalten“. Die Aufrechterhaltung der Arbeitsmöglichkeit für die Zurückbleibenden wird als eine unbedingte Notwendigkeit bezeichnet. Darum, so sagt das Rundschreiben: „Jeder Industrielle, Gewerbetreibende oder Privatmann, der Personal und Arbeiter hält, bestrebt sich, sie weiter zu beschäftigen und Eingezogene durch Arbeitslose zu ersetzen“. Als Pflicht der Auftraggeber bezeichnet das Rundschreiben, „nicht durch Zurückziehung oder Zurückhaltung von Aufträgen die Arbeitsmöglichkeit zu verkürzen und durch Zurückhaltung von Zahlungen die Lage zu erschweren, im Gegenteil, durch Erteilung neuer Aufträge die in Wegfall kommende Arbeitsgelegenheit zu ersetzen und möglichstes Entgegenkommen zu zeigen“. Das wird besonders den Behörden ans Herz gelegt.

Wo trotz allem die Arbeitsgelegenheit nicht ausreicht, empfiehlt der Vorstand den Mitgliedern dringend, „eine möglichst große Zahl vorzugsweise verheirateter Arbeitsloser dadurch an der vorhandenen Arbeitsmöglichkeit zu beteiligen, daß Wechselschichten eingerichtet werden, sei es, daß man eine Schicht vormittags, die andere nach-

mittags, oder sei es, daß man die eine am ersten Tage, die andere am zweiten Tage arbeiten läßt und so fort, natürlich bei voller Einhaltung des vertraglichen oder üblichen Stundenlohnes! Der Arbeitgeber darf sich nicht mit dem Makel belasten, in dieser schweren Zeit, wo der Arbeiter Schulter an Schulter mit ihm in patriotischer Begeisterung für des Vaterlandes Freiheit kämpft, dabei die Löhne drücken zu wollen“. Zum Schluß fordert das Rundschreiben die Mitglieder noch auf, der Frauen und Kinder der Angestellten und Poliere zu gedenken dadurch, daß ihnen das Gehalt oder der Lohn ihres Ernährers ganz oder zum Teil weitergewährt werde. Ob auch für die Angehörigen der zu den Waffen einberufenen Arbeiter durch den genannten Arbeitgeberverband irgend etwas geschehen soll, läßt das Rundschreiben unerörtert.

Nicht alle Arbeitgeberverbände beobachten in dieser Hinsicht eine so kühle Reserve. So wissen wir beispielsweise aus der Tagespresse, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Dresden in einer außerordentlichen Hauptversammlung im August beschlossen hat, zur Unterstützung der Familienangehörigen der im Felde stehenden bei den Verbandsmitgliedern beschäftigt gewesenen Poliere, Maurer, Zimmerer, Zementarbeiter, Bauhilfsarbeiter usw. zunächst M 20 000 bereitzustellen. Die Verteilung der Gelder soll ein Hilfsausschuß bewirken. Und in Cottbus hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zusammen mit der dortigen Baugewerksinnung zunächst M 1000 für den gleichen Zweck bewilligt. Auch hier ist ein Ausschuß berufen, die Auszahlung der Unterstützung in die Hand zu nehmen.

Eine Verteilung der Arbeitsgelegenheit auf eine möglichst große Zahl von Arbeitern war für den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Dresden und die freie Bauinnung dortselbst Grund zur Einführung einer fünfständigen Arbeitszeit, von 7 bis 12 1/2 Uhr vormittags, mit halbtägiger Frühstückspause, unter Aufrechterhaltung der tarifmäßigen Löhne.

Der Baugewerbeverband zu Frankfurt am Main hat in einem Zirkular die Bürgerchaft, die staatlichen und städtischen Behörden, überhaupt jedermann, der Arbeiten und Lieferungen zu vergeben hat, gebeten, für Arbeitsgelegenheit und Verdienst zu sorgen.

Der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin hat an seine Mitglieder eine Reihe von Rundschreiben gehen lassen. Eines davon hat zum Zweck eine einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, den Polieren und allen Personen, denen die Berechtigung zusteht, Arbeiter anzunehmen, soll strengste Anordnung gegeben werden, die Arbeitskräfte ausschließlich durch den Arbeitsnachweis des Verbandes, Dirksenstraße, zu beziehen. Es gewinnt den Anschein, als ob der Verband der Baugeschäfte durch diese Maßnahme gleichzeitig seinem Arbeitsnachweis größere Bedeutung verschaffen möchte, als er bisher besaß. Aus dem Rundschreiben geht nämlich auch hervor, daß die Poliere bisher gegen den Arbeitsnachweis passiven Widerstand geleistet und immer behauptet haben, daß die durch den Nachweis ihnen zugewiesenen Leute nicht genügend brauchbar sind. Der Vorstand erkennt diese Gründe nicht an, besonders aber gegenwärtig sollen sie nicht zutreffend sein; denn — so sagt das Rundschreiben: „Die Arbeitnehmer lassen sich in dieser Notzeit in den Arbeitsnachweisen einschreiben, um keine Möglichkeit zu verpassen, Arbeit zu gewinnen. Die Poliere erhalten also vom Arbeitsnachweis ebenso brauchbare Leute, als wenn sie sie selbst einstellen.“ Damit wird allerdings bestätigt, daß sich in normalen Zeiten der Arbeitsnachweis keiner großen Benutzung erfreut. Ob die gegen ihn angeführten Bedenken jetzt wirklich nicht mehr vorhanden sein sollen, wird die Zeit lehren.

Ein anderes Rundschreiben desselben Verbandes enthält eine ernsthafte Mahnung an die Mitglieder zur Vorsicht bei Submissionen. Der Krieg habe die schon früher bestandenen Schwierigkeiten noch verschärft. Die Preise seien bis zu einem Tiefstand gelangt, der keine Erörterung mehr zulasse. Eine dringende Warnung sei deswegen am Platze. Besonders sei zu bedenken, daß nach den Tarifverträgen am 1. Oktober 1914 eine allgemeine Lohn-erhöhung von 2 % eintrete. Niemand dürfe sich darauf berufen, daß seine Preise keine Lohnerhöhung betragen. Die Verträge mit den Arbeitgeberorganisationen würden unter allen Umständen eingehalten.

Der Baugewerbeverband zu Hamburg bringt den Betriebsinhabern eine von der Baudeputation an die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe gerichtete Zuschrift zur Kenntnis, in der Gewicht darauf gelegt wird, daß diejenigen Arbeitgeber, welche Verträge mit dem Staate haben, möglichst viele Arbeitskräfte ihres Faches zu den Arbeiten einstellen. Die erwähnte Zuschrift lautet wörtlich:

Baudeputation. Hamburg, den 24. August 1914.

An die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, hier.

Die Baudeputation muß, um der Arbeitsnot nach Kräften entgegenzuarbeiten, Wert darauf legen, daß diejenigen Arbeitgeber, welche Verträge mit dem Staate haben, möglichst viele arbeitslose Kräfte ihres Faches an den Arbeiten einstellen, welche ihnen übertragen sind. Es wird deshalb gebeten, die Gewerbestämme zu ersuchen, alle hierfür geeigneten Schritte zu tun. Für die spätere Beurteilung der Fragen von Terminüberschreitungen von Arbeiten wird es für die Baudeputation in hohem Maße bestimmend sein, ob der betreffende Unternehmer zur Förderung seiner Arbeit alles getan hat, was das Angebot an Arbeitskräften zu tun erlaubt.

Der Präses der ersten Sektion der Baudeputation. (Unterschrift.)

Der Baugewerbeverband ersucht die Betriebsinhaber, im Sinne dieser Zuschrift zu verfahren.

Der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung hat eine Denkschrift verfaßt über Beschäftigungsgrad und Arbeitslosigkeit im Münchner Baugewerbe nebst Vorschlägen zur Hebung des Beschäftigungsgrades und Binderung der Arbeitslosigkeit. Die Denkschrift ist sämtlichen Ministerien, der Regierung sowie den staatlichen und städtischen baulichen Behörden mit der Bitte um Berücksichtigung zugestellt worden. In ihr wird dargelegt, daß die Betriebe durch den Ausbruch des Krieges zu Einschränkungen gezwungen waren. Die Zahl der Beschäftigten, die vor dem Kriege 12 274 betrug, war am 24. August auf 6944 gesunken. Es wird in Vorschlag gebracht, Staat und Gemeinden sollen die infolge des Krieges stillgelegten Bauten weiterführen und neue Bauten in Angriff nehmen. Durch günstige Zahlungsbedingungen müsse den finanziell schwachen Unternehmern die Erhaltung ihrer Existenz erleichtert werden, was auch durch Gewährung eines mäßigen Kredits durch die Lieferanten von Materialien zu geschehen habe. Ueberhaupt sollten alle in Frage kommenden Faktoren für Schaffung von Arbeit sorgen. Dafür werden es die Baugewerbetreibenden sich angelegen sein lassen, ihre Betriebe nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten, eventuell in halben Schichten arbeiten zu lassen. Die Einhaltung der Lohn- und Arbeitstarife wird den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes zur Pflicht gemacht.

„Patriotische“ Unternehmer und der Krieg.

Danziger Firmen haben von der Militärverwaltung die Herstellung von Baracken übertragen erhalten, wofür Preise gezahlt werden, welche die in Friedenszeiten üblichen ganz erheblich übersteigen. Ähnliche Arbeiten läßt auch die Militärverwaltung in eigener Regie ausführen; sie gewährt den dabei beschäftigten Zimmerern außer freiem Logis für zehntägige Arbeitszeit einen Tagelohn von M 6.50. In Rücksicht hierauf haben sich auch die in Frage kommenden Firmen genötigt, für die erwähnten Arbeiten eine bessere Bezahlung zu leisten, und zwar zahlten sie einen Stundenlohn von 85 ¢. Das geschah aber nur 14 Tage. Da plötzlich erklärten sie, nur mehr noch einen Stundenlohn von 63 ¢ zahlen zu können. Diese Handlungsweise gab unsern Kameraden Veranlassung zu einer Beschwerde an die Kommandantur. Die Kommandantur übergab die Beschwerde der Intendantur des 17. Armee-Korps, und von dieser ging die nachstehende Antwort ein, die den Patriotismus der in Betracht kommenden Unternehmer ins rechte Licht rückt. Wir können uns vorläufig jede Bemerkung zu dem Verhalten der Unternehmer ersparen. Die Antwort lautet:

Intendantur des 17. Armeekorps.

J.-Nr. 43/9. Danzig, 4. September 1914.

Ihr Schreiben an die Kommandantur vom 21. August ist der Intendantur übergeben.

Es ist richtig, daß die hiesige Bauinnung, welche die Arbeiten und Lieferungen für die Baracken des Korpsbekleidungsamtes auf Kaserne Wieben, Bastion Gertrud und auf andern Baustellen auf Grund eines bereits im Frieden geschlossenen Vertrages ausführt, Preise erhält, welche um 60 bis 100 pZt. und mehr über die im Frieden üblichen Preise hinausgehen.

Diese Preise wurden der Bauinnung mit Rücksicht auf die schwierige Beschaffung der Baustoffe und die im Kriege gewöhnlich auftretende Erhöhung der Preise für Baustoffe und Arbeitsleistung und wegen der kurzen Fristen für die Fertigstellung der Baracken zugestanden. Hierbei wurde allerdings vorausgesetzt, daß tatsächlich auch die Bauinnung zur Zahlung höherer Löhne pp. durch die Verhältnisse gezwungen sein würde.

Wenn die Firmen Fey und Falk, Berg & Co. nur die tarifmäßigen Stundenlöhne zahlen, so ist das sehr bedauerlich. Der Intendantur steht indessen leider keine Handhabe zur Seite, die Firmen zur Zahlung höherer Löhne entsprechend den ihnen zu zahlenden Preisen zu veranlassen. (Unterschrift.)

Die Hausfrauen und der Krieg.

Die furchtbaren wirtschaftlichen Erschütterungen, die der Krieg ausgelöst hat, die ganz unsicheren Zeiten, denen wir entgegensehen, zwingen heute jedermann, sofern er nicht über reiche Hilfsquellen verfügt, sich Einschränkungen aufzuerlegen. Jede überflüssige Ausgabe wird vermieden; manche vorher als notwendig empfundene Anschaffung für Haushalt oder Kleidung auf später verschoben. Eine Ausgabe, die nicht zu umgehen ist, die täglich an uns herantritt, ist die für Ernährung. Aber es gilt auch sie so zweckmäßig wie nur möglich zu gestalten. In den meisten Fällen werden der Hausfrau heute weniger Mittel zur Beförderung der Familie zur Verfügung stehen als in normalen Zeiten. Dabei sind auf der andern Seite die Lebensmittelpreise in einem beständigen Steigen begriffen. Noch stehen wir ja glücklicherweise in Deutschland vor keiner eigentlichen Lebensmittelknappheit. Noch genügen unsere eigenen Vorräte in Verbindung mit der uns aus den neutralen Staaten Dänemark und der Schweiz offen stehenden Einfuhr zur Deckung unseres Bedarfes. Dennoch werden wir, je länger der Krieg dauert, um so mehr mit einer Verteuerung gerade der wichtigsten Lebensbedürfnisse rechnen müssen, die auch durch die behördlichen Erlasse über Höchstpreise für Lebensmittel nicht verhindert, sondern höchstens etwas in Schranken gehalten werden wird.

Die Aufgabe der Hausfrau aus dem Volke ist also heute eine besonders schwere. Sie soll mit geringeren Mitteln bei gleichzeitig erhöhten Preisen ihre Familie bei Kraft und Gesundheit erhalten. Da heißt es denn noch mehr als in normalen Zeiten, jede unnötige, womöglich schädliche Ausgabe vermeiden, die Auswahl der Lebensmittel so einzurichten, daß sie die für den betreffenden Preis erhältliche größtmögliche Summe an wertvollen Nährstoffen bietet. Welche Nahrungsmittel oder vielmehr welche Kombinationen von Nahrungsmitteln sind es nun, die die vom menschlichen Organismus benötigten Nahrungs- und Reizstoffe in billigster Form enthalten?

Unser Körper braucht zu seinem Aufbau und zur Aufrechterhaltung seiner Leistungsfähigkeit vier Grundstoffe: die Eiweißstoffe, die Fette, die Kohlehydrate und die Salze. Dazu natürlich das nötige Wasser zum Ersatz der durch die Ausscheidungsorgane verloren gegangenen Flüssigkeitsmengen. Die Eiweißstoffe dienen dazu, das abgenutzte Körpermaterial zu ersetzen. Die Fette und Kohlehydrate bilden die Heizstoffe und erzeugen, gerade wie die Kohle im Ofen und in der Dampfmaschine Wärme und Arbeit. Diese beiden Stoffe können dabei einander in weitgehendem Maße vertreten. Die Salze endlich dienen dem Knochenaufbau und sind für eine richtige Zusammensetzung des Blutes und der Säfte und damit zugleich für die Ausnützung der übrigen Nahrung notwendig.

Der wichtigste Nahrungsbestandteil, auf dessen Zufuhr wir die meiste Aufmerksamkeit zu wenden haben, ist dabei das Eiweiß. Fehlt dieses, so schwindet die eigentliche Körpersubstanz: Muskeln, Sehnen, Nerven, Blut, Gefäße. Der Bedarf an Eiweiß ist unabhängig davon, ob sich der Körper in Ruhe oder Bewegung befindet, ob körperliche oder geistige Arbeit geleistet wird. Eiweißhaltige Nahrungsmittel sind in erster Linie Fleisch, Fisch, Eier, jodarmen Milch, Käse, Hülsenfrüchte, Hirse, Hafer, Reis. In geringerem Maße enthalten Mehl, Gries, Kartoffeln, in überhaupt nicht nennenswertem Umfange grüne Gemüse und Früchte Eiweißstoffe. Diejenigen Bevölkerungsklassen, die in diesen Zeiten ihren Fleisch- und Eierkonsum wesentlich einschränken oder ganz aufgeben müssen, sind also genötigt, ihren Eiweißbedarf aus andern Nahrungsmitteln zu decken. Als wertvollstes kommt hier die Milch in Frage. Milch ist das einzige Nahrungsmittel, das alle für den Menschen wichtigen Nährstoffe, und zwar in der richtigen Zusammenfassung enthält. Wir könnten also von Milch allein leben. Dazu kommt ihre Billigkeit. In einem Liter Magermilch zu 10 bis 12 J ist etwa ebensoviele Nährwert enthalten wie in sechs Eiern oder in einem halben Pfund Fleisch. Magermilch ist ökonomischer als Vollmilch, da sie nur die Hälfte oder etwas mehr kostet, dabei aber dasselbe Quantum an Eiweiß, Kohlehydraten und Salzen enthält, während wir das mangelnde Fett dem Körper in mancherlei andern Formen zuführen können. Es wäre deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt volkswirtschaftlich unrationell, die entrahmte Milch der Volkereien zur Schweinezucht zu verwenden, statt sie der menschlichen Ernährung zuzuführen. Nur zur Säuglingsernährung ist natürlich Vollmilch erforderlich, da hier Milch die einzige Nahrung bildet. Das über die Milch Gesagte gilt auch für ihre Produkte: Quark und Käse sowie für die mit Milch zubereiteten Gerichte.

Start eiweißhaltig sind ferner Hülsenfrüchte. Sie sind jedoch in größeren Mengen schwer verdaulich (der gleichzeitige Genuß von Obst, grünem Salat, befördert die Verdaulichkeit) und widerstehen bei häufigem Genuße bald. Ihre Ausnützbarkeit für den Magen läßt sich bedeutend steigern, wenn man sie vor dem Kochen einen Tag einweicht. Dagegen haben wir im Hafer (in Form von Hafermehl oder Haferflocken) sowie in der Hirse hochwertige Nahrungsmittel von gleichzeitiger leichter Verdaulichkeit. Hafer- oder Hirseflocken bildet ein weit nahrhafteres und bekömmlicheres Frühstück als schlechte Kaffee- oder Zichorienbrühe. Dasselbe gilt vom Reis, der ja heute noch das Hauptnahrungsmittel der Japaner und Chinesen bildet. Mehl ist um so stärker eiweißhaltig, je gröber es gemahlen, je mehr Bestandteile der Kleie es enthält. Man bevorzuge also auch möglichst dunkles Brot (Kommiss-, Schlüter-, Simons-, Grahbrot), das außerdem auch einen weit stärkeren Gehalt an Nährsalzen aufweist als das helle Brot.

Fette und Kohlehydrate, die „Heizstoffe“, braucht der Körper um so mehr, je stärker er physisch arbeitet. Fett kann in Form von Butter, Schmalz, Margarine oder noch billiger und sehr gut in Form von Palmöl zugeführt werden. Reich an Kohlehydraten sind Hülsenfrüchte, Mehl, Brot und vor allem Kartoffeln. Zucker besteht aus reinem Kohlenhydrat; es bildet daher kein bloßes Genuß-, sondern ein wertvolles Nahrungsmittel, das auch in der parfümerischen Küche Verwendung finden sollte. Natürlich wäre es unmöglich, einen Menschen allein mit Zucker zu ernähren, da sein Körper dann an allen andern wichtigen Nährstoffen Mangel leiden würde. Auch Kartoffeln bilden aus demselben Grunde eine, wenn auch nicht ganz so einseitige Ernährung. Werden dem Körper Fette und Kohlehydrate entzogen, so greift er zunächst seine eigenen unter der Haut und zwischen den Muskeln gelegenen Fettdepots an; er magert ab, um schließlich auch zum Verbrauch des eigentlichen Körpergewebes zu schreiten.

Grüne Gemüse, vor allem aber Obst, werden noch von vielen Menschen als eine Art Luxus betrachtet, dem man in knappen Zeiten entsagen könnte. Dem ist aber nicht so. Wie schon oben gesagt, sind die in diesen Nahrungsmitteln in besonders reichem Maße enthaltenen Nährsalze für die richtige Zusammensetzung des Blutes und der Säfte unbedingt notwendig. Die Nährsalze sind Verbindungen von Metallen (Eisen, Kali, Natrium, Calcium). Die Obstsäure befördert außerdem die Verdauung. Vorläufig ist ja noch Gemüse, Salat und Obst zu einigermaßen erschwinglichen Preisen zu haben. Im Winter wird sich der proletarische Haushalt an Dörrobst und Dörrengemüse halten müssen. Die Hausfrau, die es irgendwie ermöglichen kann, wird außerdem schon in jetzigen Zeiten für den Winter vorsorgen, indem sie nach irgendeiner einfachen Konservierungsmethode (wir werden dafür noch einige Rezepte veröffentlichen) sich Obst und Gemüse einlegt. Von Gemüse kommen dafür hauptsächlich Bohnen und Tomaten, von Obst wohl nur noch Sauerkirschen, Pflaumen, Pfirsiche und Birnen in Betracht.

Einige Reizmittel (oder Gewürze) wie Salz, Pfeffer, Senf, Zwiebel sind in der Nahrung nicht zu entbehren, soll diese nicht eintönig wirken und schließlich vom Magen zurückgewiesen werden. Entbehrlicher sind schon die Genußmittel Tee und Kaffee, um so mehr als sie, in größeren Mengen genossen, schädliche Wirkungen auf das Nervensystem haben. In noch weit höherem Maße gilt dies für den Alkohol: Wein, Bier, Branntwein. Auf alle diese Genußmittel kann der Mensch verzichten, ohne sich Schaden zuzufügen. Kakao respektive Schokolade gehören nicht zu den Genuß-, sondern zu den Nahrungsmitteln, die schnell assimilierbare Nährstoffe enthalten, weshalb sie besonders in Umständen von Erziehung gute Dienste leisten können. Leider ist ihr Preis ein ziemlich hoher.

Wir glauben, in vorstehendem einige Winke gegeben zu haben, wie die Hausfrau in schwierigen Zeiten auch mit beschränkten Mitteln eine bekömmliche und nahrhafte Versorgung ihrer Familie aufrechterhalten kann. Voraussetzung ist freilich, daß wenigstens diese beschränkten Mittel vorhanden sind. Für Hunderttausende ist heute jede Erwerbsmöglichkeit abgeschnitten; ihnen helfen alle guten Rat schläge und billigen Rezepte nichts. Hier setzt das große Problem des Staates und der Gemeinden ein: Beschaffung von Unterstützungs- und Arbeitsgelegenheiten.

Falsche Auffassungen.

Th. Berlin, 13. September.

Zu einer bedauerlichen und unangenehmen Veröffentlichung hat sich der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gezwungen gesehen. Er hat Verwahrung einlegen müssen gegen ein ebenso einseitiges wie ungerechtes und irreführendes Vorgehen des Exekutivkomitees des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel. Von diesem Exekutivkomitee, dem nur belgische Parteigenossen angehören, ist in Gemeinschaft mit dem Vorstand der sozialistischen Partei Frankreichs ein „Aufruf an das deutsche Volk“ erlassen worden, der die Vorgänge, die zum Kriege führten, so darstellt, wie es die französische Regierung getan hat und der alles unerwähnt läßt, was gegen das Verhalten der französischen, englischen und belgischen Regierung spricht. So ist von dem Einmarsch russischer und französischer Truppenteile in deutsches Gebiet vor der Kriegserklärung nicht die Rede. Dagegen wird über „Greuelthaten der Deutschen“ berichtet, ohne daß hinzugefügt wird, durch welche hinterlistigen Ueberfälle auf deutsche Truppen und durch welche schrecklichen Bestialitäten, verübt an deutschen Verwundeten, die scharfen Abwehrmaßnahmen der Deutschen erst veranlaßt worden waren.

Da ein sehr erheblicher Bruchteil der an den Kämpfen in Belgien beteiligten deutschen Truppen aus organisierten Arbeitern bestanden hat, muß nicht nur im Interesse des Ansehens des deutschen Namens, sondern auch um der Ehre der deutschen Arbeiterorganisationen willen schärfster Einspruch erhoben werden gegen Verleumdungen und Ver-

dächtigungen, die den deutschen organisierten Arbeiter als Barbaren erscheinen lassen und geeignet sind, die Arbeiter der andern Länder mit Abscheu und Verachtung vor uns zu erfüllen. Und der Widerspruch muß um so nachdrücklicher sich gestalten, als es nicht eine beliebige, der Welt gleichgültige Stelle ist, von welcher die Verdächtigungen ausgegangen sind, sondern eben das Exekutivkomitee des internationalen sozialistischen Bureaus.

Die deutsche Partei hat jederzeit bewiesen, daß sie sich ihrer internationalen Pflichten voll bewußt ist und sie im weitesten Maße erfüllt. Da ist es einfach eine unerhörte Verleumdung des einfachsten Anstandes und der grundlegenden Regeln für kameradschaftliches Verhalten, daß das Exekutivkomitee vor Veröffentlichung des Flugblattes keinerlei Fühlung mit dem deutschen Parteivorstand genommen, ja ihm nicht einmal Kenntnis vom Erscheinen des Flugblattes gegeben hat. Das braucht sich die deutsche Partei nicht gefallen zu lassen. Das hat sie auch nicht verdient. Wir wollen keine Extrawurst gebraten haben. Aber wir fordern, daß man uns achtet und daß die deutsche Parteileitung wenigstens in Kenntnis gesetzt wird, wenn sie vor aller Welt und namentlich vor den Arbeitern aller Länder herabgesetzt werden soll. Das Exekutivkomitee hat mit seinem Flugblatte die ihm zustehenden Befugnisse gräßlich überschritten, und der Sekretär des internationalen Bureaus in Brüssel, Genosse Kamillo Guhsmans wird sich wegen seines eigenmächtigen und ungehörigen Vorgehens zu verantworten haben.

Das Flugblatt ist schon vor Mitte August erschienen. Wochenlang hat es im Auslande gewirkt, ehe es vor einigen Tagen erst zur Kenntnis des deutschen Parteivorstandes gelangt ist. Niemand vermag abzuschätzen, einen wie großen Einfluß es gehabt hat bei Erzeugung der Stimmung, die zurzeit in weiten ausländischen Parteikreisen herrscht und nach welcher die deutsche Partei sich, geradeheraus gesagt, eines schweren Verrats am Sozialismus und an der Internationale schuldig gemacht haben soll. Dieser Auffassung ist nicht nur in belgischen und französischen Parteikreisen Ausdruck gegeben worden, auch in Schweden, Norwegen und Dänemark, in der Schweiz und in Italien ist sie aufgetreten.

Entsetzlich genug sind bereits die Verwüstungen, die der Krieg an Leben und Gut aller beteiligten Völker anrichtet. Soll er auch das mühsam gewebte Band des internationalen Gemeinheitsgefühls unter den Arbeitern zerreißen? Ist es nicht schlimm genug, daß es den Vereinigten und ehrlichen Bemühungen der Arbeiter aller Länder nicht gelungen ist, den Krieg zu verhindern? Ist es nicht schauerhaft genug, sich vergegenwärtigen zu müssen, daß bei den fürchterlichen Menschenverlusten in Belgien und Frankreich, wahrscheinlich auch in den West- und Ostpreußen, Polens und Galiziens, Hunderttausende von Sozialdemokraten, ja Millionen, aufeinander schießen und stehen und sich Tod und Verderben gegenseitig bereiten? Sollen sich, um das Schrecknis bis zum letzten, giftigen Tropfen zu leeren, auch die noch zerfleischen, die außerhalb der Reihen der Kämpfenden stehen?

Im Auftrag der Partei hat Genosse Dr. Südekum vor einigen Wochen, bald nach Ausbruch des Krieges, persönlich Fühlung genommen mit den skandinavischen Parteiführern. Es scheint ihm nach dem bisher vorliegenden Berichte selbst dort nicht ganz gelungen zu sein, die gegen die deutsche Partei wegen Bewilligung der Kriegskredite herrschende Mißstimmung zu beseitigen. In Italien, wohin sich Südekum in der vergangenen Woche begab, ist nach dem Berichte des „Avanti“ („Vorwärts“), dem Organ der italienischen Sozialdemokratie, sein Mißerfolg noch größer gewesen. Trotz dreieinhalbstündiger Aussprache mit Vertretern des Vorstandes der italienischen Partei, den Genossen Della Seta, Zerbini und Lazzari, blieben diese Parteifreunde dabei, sie seien nicht davon überzeugt, daß die Haltung der deutschen Sozialisten richtig gewesen sei, ihre Sympathien gälten dem revolutionären Frankreich, dem Frankreich Jaurès. Die französischen Sozialisten hätten immer gegen die französischen Kriegsvorbereitungen gekämpft; die deutschen Sozialisten dagegen hätten das nicht getan, oder doch nur bis zu dem Punkte, wo die imperialistischen Gefühle des Kaisers und des Bürgertums verletzt werden konnten. Der Gesichtspunkt der deutschen Sozialisten sei dem des deutschen Imperialismus konform (übereinstimmend).

Diese und andere Äußerungen Della Setas, der das Wort führte, zeigen ebenso seine geringe Kenntnis der deutschen Verhältnisse, wie seine starke Voreingenommenheit gegen uns. Er versprach am Schlusse, sobald der Friede sich näherte, würde schnellstens eine internationale Zusammenkunft einberufen werden. Das ist allerdings dringend zu wünschen, wenn auch die Hoffnung nur gering ist, es werde dann bereits gelingen, eine allseitige und volle Verständigung herbeizuführen. Können wir unsere ausländischen Parteifreunde nicht überzeugen, daß wir richtig gehandelt haben und daß sie selbst falscher Auffassung huldigen, so dürfen wir trotzdem nicht müde werden, offen zu erklären, welche Gründe uns zu unserer Haltung bewegen haben. Das hat vor einigen Tagen auch

Genosse Richard Fischer-Berlin getan in einer Zuschrift an das „Volksrecht“, unser Züricher Parteiorgan. Das Blatt hatte sich in einem Leitartikel gegen den „deutschen Vandalismus“ gemeldet und behauptet, „ganz Deutschland“ habe den Krieg gewollt.

In seiner Entgegnung stellt Richard Fischer zunächst fest, daß nach der Darlegung im deutschen Weißbuch die deutsche Regierung bis zum letzten Augenblick bemüht gewesen sei, den Frieden aufrechtzuerhalten, daß diese Behauptung bisher weder durch Rußland, noch durch England oder Frankreich habe widerlegt werden können, daß sie vielmehr durch die spätere Veröffentlichung des Brief- und Depeschewechsels zwischen Berlin und London nur bestätigt worden sei. War es aber wahr, daß der Parisismus den festen Entschluß gefaßt hatte, in Deutschland einzubrechen, dann war der deutschen Sozialdemokratie das Verhalten diktiert, dann konnte sie gar nicht anders handeln, als daß sie die Mittel zur Verteidigung ihres Landes bewilligte, gerade so, wie in Paris am gleichen Tage (4. August) die französischen Sozialisten es getan haben und in Brüssel in gleicher Stunde die Belgischen.

Richard Fischer sagt weiter: „So gut wie alle ausländischen Genossen, erfüllt auch uns Deutsche das Waffenmorden mit Entsetzen. Aber wir weisen die Verantwortung denen zu, die mit dem russischen Zarenismus sich verbündet haben gegen deutsche Kultur und deutsche Arbeit.“ Daß Deutschland die Neutralität Belgiens verletzt habe, sei ein Unrecht gewesen. Doch sei die Unabhängigkeit des Landes garantiert worden, und kein anderer Staat würde in gleicher Lage anders gehandelt haben als Deutschland. (Auch der englische Schriftsteller Bernhard Shaw hat inzwischen erklärt, die Begründung der englischen Kriegserklärung gegen Deutschland mit dem an Belgien verübten Neutralitätsbruch sei Windbeutelei; denn wenn das gleiche Unrecht von Frankreich verübt worden wäre, hätte England den Krieg an Frankreich nicht erklärt.)

Schließlich betont Richard Fischer, daß die Verbrennung ganzer Ortschaften durch Deutsche, die Erschießung ziviler Bewohner immer nur in der Notwehr geschehen ist, und daß die Wut der deutschen Soldaten über Bestialitäten, die an ihren verwundeten Kameraden begangen worden waren, wohl begreiflich sei. Die Schuld dafür falle auf die, welche das belgische Volk zu seinem Vorgehen veranlaßt haben.

Dieser Gedankengang über Entwicklung und Führung des Krieges wird sich nicht als falsch widerlegen lassen. Und wenn die Erregung des Krieges wird überwunden sein, wird es wohl auch gelingen, die Parteikreise im Auslande allerseits zu einer leidenschaftslosen Würdigung des Verhaltens der deutschen Sozialdemokratie zu führen.

geist. Ueber die Auszahlung der Unterstützung an die Familien der zum Militär Eingezogenen gab es eine Debatte. Der Vorstand hätte verfrüht gehandelt; er hätte nähere Bestimmungen der Versammlung abwarten müssen. Nachdem noch mehrere Verbandangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Lübben. Am 5. September fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kamerad Knüpfer-Berlin besprach in längeren Ausführungen die gegenwärtige Situation. Vor allem verlangte er in dieser schweren Zeit Verbandstreue. Auch diejenigen Zimmerer, die bisher abseits gestanden, müssen dem Verbände zugeführt werden, damit wir alle die Maßnahmen, die während des Krieges getroffen werden, auch durchführen können. Von einer sofortigen Unterstützung aus der Lokalkasse an die Familien der im Felde befindlichen Kameraden wurde Abstand genommen. Jedoch wurde der Zahlstellenvorstand beauftragt, in besonderen Notfällen eine Unterstützung zu gewähren. Von den 48 Mitgliedern sind 23 eingezogen, davon sind 15 verheiratet. Bittere Klage wurde geführt über Vorkommnisse in ländlichen Orten, wo die Frauen abgewiesen wurden, als sie ihr Recht auf die staatliche Unterstützung geltend machten. Den Frauen wurde geraten, sich sofort beim Landrat zu beschweren.

Mainz. Am 1. September fand eine allgemeine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Unsere Aufgaben während des Krieges; 2. Beschluß der Unterstützung an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kameraden M. Burghardt aus Oppenheim, der am 14. August beim Militär einen Unfall erlitt, in der üblichen Weise geehrt. Kamerad Gröbner referierte zum ersten Punkt und gab einen ausführlichen Ueberblick über die gegenwärtigen Verhältnisse. Von unserer Zahlstelle sind nach den vorliegenden Meldungen 80 Kameraden zum Militär eingezogen; davon sind 53 verheiratet und 27 ledig. Zurzeit ist die Arbeitslosigkeit eine gute und eine starke Nachfrage nach Zimmerern vorhanden. Verstöße gegen den Vertrag sind nicht zu verzeichnen; die Löhne wie auch die Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden ohne Ausnahme gezahlt. Im ersten Sturm der Erregung nach der Mobilmachung glaubte ein Teil der Mitglieder, der Beitragspflicht entzogen zu sein. Die Vernunft hat aber gesiegt; die Kameraden sahen bald ein, daß es jetzt gerade Pflicht der nicht Einberufenen sei, für die Erhaltung des Verbandes Sorge zu tragen. Die jahrelange Organisationsarbeit muß gestützt werden; es wird die Zeit kommen, wo wir mehr denn je auf die Kraft und die Leistungsfähigkeit des Verbandes angewiesen sind. Unsere Kameraden, die draußen im Felde ihre Pflicht erfüllen, haben ein Recht, zu fordern, daß auch ihre wirtschaftlichen Interessen gewahrt bleiben; darum muß jeder für das weitere Bestehen und die Erstarbung des Verbandes beitragen. Erhält dem Verbände die Treue und erfüllt seine Pflichten als Mitglieder. Zur Unterstützung an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer wurde beschlossen: Nach Ablauf einer Karenzzeit von zwei Wochen, vom Tage des Einrückens, erhalten die Angehörigen der Kriegsteilnehmer aus Mitteln der Lokalkasse in vierzehntägigen Zahlungen pro Woche M. 2 bis zum Betrage von M. 20. Ledige erhalten Unterstützung nur dann, wenn sie zur Unterstützung ihrer Angehörigen beigetragen haben. Zahlung erfolgt nur, wenn alle Verpflichtungen erfüllt sind und die Meldung mit Abgabe des Mitgliedsbuches stattgefunden hat. Mitglieder mit mehr als zehn Restwochen sind vom Bezuge der Unterstützung ausgeschlossen. Rückstände bis zur genannten Höhe werden von der Unterstützung in Abzug gebracht. In der Diskussion nahm eine Anzahl Kameraden das Wort. Sie befürworteten die Vorlage, die sodann einstimmig Annahme fand. Kamerad Schnauß wies noch auf die Unterstützungseinrichtungen von Staat und Gemeinden hin und empfahl den Kameraden, die Angehörigen bei Unstimmigkeiten nach dem Arbeiterssekretariat zu weisen. Treffend wies er darauf hin, daß in allen Ständen Hilfsaktionen, um dem Elend zu steuern, eingeleitet seien; nur die sogenannte „Lote Hand“, die Kirche, mit den großen Vermögen, leistet nichts und glaubt, mit Gebeten der Not zu steuern. In „Geschäftliches“ wurde bekanntgegeben, daß der Posten des Kassierers dem Kameraden F. Hommel, Feldbergstr. 18, 1. Et. zur Vertretung übergeben ist. Für die eingezogenen Vertrauensleute ist Ersatz geschaffen und erleben die Geschäfte keine Unterbrechung. Sollten mitunter Störungen in der Hauskassierung vorkommen, mögen die Mitglieder die außerordentlichen Verhältnisse berücksichtigen und sich direkt mit dem Kassierer in Verbindung setzen. Ein Unterstützungsgesuch vom Bezirk Kreuznach wurde wegen erheblicher Rückstände abgelehnt. Ein weiteres vom Bezirk Mainz unter Vorbehalt. Der Betreffende hat drei Wochen vor der Mobilmachung seinen Austritt erklärt, um sich an der Gründung der „Freien Vereinigung“ zu beteiligen. Der Kamerad ersucht um Wiederaufnahme; dieser wird stattgegeben. Zurzeit reisen recht viele Zimmerer zu, die nicht organisiert sind oder erhebliche Rückstände haben. Es ist Pflicht der Kameraden, auf allen Plätzen für strenge Bücherkontrolle Sorge zu tragen und agitatorisch zu wirken. Mit der Aufforderung, der Organisation nach wie vor die altbewährte Treue zu bewahren und ohne Ausnahme alle Pflichten als Mitglieder zu erfüllen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Die Volksfürsorge und der Krieg. Die neueste soziale Schöpfung der deutschen Arbeiter, die im vorigen Jahre durch die Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete Volksversicherungsgesellschaft *Volksfürsorge*, wird wie alle Arbeiterorganisationen und alle Versicherungsgesellschaften durch den ausgebrochenen Weltkrieg vor große Schwierigkeiten gestellt.

Der Vorstand sieht diesen Schwierigkeiten ruhig ins Auge und hat die Maßnahmen getroffen, die im Interesse der Versicherten und der ruhigen, ununterbrochenen Fortführung der Geschäfte notwendig waren. In der eben erschienenen Nummer 9 des Organs der Gesellschaft, der „*Volksfürsorge*“, die alle Interessenten von den Rechnungsstellen erhalten können, werden die Funktionäre dringend aufgefordert, „die Organisation während der Kriegszeit intakt zu halten, damit auch während dieser Zeit die sachgemäßen Ansprüche der Versicherten erledigt werden können und nach dem Kriege die Zurückkehrenden alles in Ordnung finden.“

Es heißt dann in dem Artikel weiter: „Aber nicht nur die Organisation muß intakt bleiben, auch die bestehenden Versicherungen dürfen im Interesse der Versicherten nicht gefährdet werden. Hier erwacht den Vertrauensmännern der *Volksfürsorge* eine wichtige soziale Aufgabe. Die Bezirke und die Arbeitsgebiete der Vertrauensmänner, welche unter die Waffen treten mußten, müssen, wenn nicht sofort guter Ersatz eintritt, von den zurückbleibenden Vertrauensmännern übernommen werden. Ihre wichtigste Aufgabe ist, nach Möglichkeit das Inkasso der Prämien ungestört weiterzuführen, um den Versicherten ihre Rechte ununterbrochen zu sichern und sie vor unüberlegten, sie schädigenden Schritten zu bewahren.“

Nach genauer Darlegung der triftigen Gründe, die jeden Versicherten in seinem Interesse veranlassen müssen, die abgeschlossene Versicherung aufrechtzuerhalten und, wenn es irgend angeht, die Prämien weiterzuzahlen, bespricht der Artikel die auf Grund der Versicherungsbedingungen zu treffenden Maßnahmen der Umwandlung der Versicherung in eine Spar- beziehungsweise prämienfreie Kapitalversicherung bei Nichtweiterzahlen der Prämien.

Da die *Volksfürsorge* die Volksversicherung nur im Interesse der Versicherten betreibt, ist der Vorstand auch in dieser Kriegszeit verpflichtet und gewillt, seinen Versicherten jede Erleichterung zu bieten. Die *Volksfürsorge* schreibt daher:

„Der Vorstand wird in den Fällen, in welchen Angehörige von ins Feld gezogenen Versicherten in die Lage kommen, bei Kapitalversicherungen die Prämienzahlung zu verlangsamen oder ganz einzustellen, nicht sofort umzuwandeln, sondern die Prämienzahlung über die im § 6 der Versicherungsbedingungen vorgesehene Frist von zwei Monaten hinaus stunden und nach Beendigung des Krieges erleichterte Gelegenheit geben, die Versicherungen wieder in Kraft treten zu lassen. Darüber werden besondere Anweisungen des Vorstandes an die Rechnungsstellen das Nähere regeln.“

Der Artikel schließt mit den hoffnungsvollen und mahnenden Sätzen:

„Nicht nur im Interesse unserer vielen vor dem Feinde kämpfenden Brüder und ihrer Angehörigen, sondern auch im Interesse der *Volksfürsorge* und ihrer Weiterentwicklung sehnen wir von ganzem Herzen einen baldigen Friedensschluß herbei, der die Grundlage für eine lange, ruhige Friedens- und Kulturarbeit ermöglicht.“

Unsere Freunde im Reiche bitten wir, den Versicherten überall im Sinne unserer Ausführungen in jeder Richtung entgegenzukommen und sie zu treuem Festhalten an der *Volksfürsorge* zu ermuntern. Wie die Gewerkschaften und die Genossenschaften, so wird auch die *Volksfürsorge* nach dem Kriege nötiger sein als vorher; sie braucht aber auch in dieser schweren Zeit das unerschütterliche Vertrauen des Volkes, dem zu dienen sie allein bestimmt ist.“

Wir können uns diesen Hoffnungen und Mahnungen nur anschließen.

Literarisches.

Von der „*Neuen Zeit*“ ist soeben das 21. Heft vom 2. Band des 32. Jahrganges erschienen. Die „*Neue Zeit*“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „*Wahren Jacob*“ ist soeben die 19. Nummer des 81. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der „*Gleichheit*“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 25 des 24. Jahrganges zugegangen. Die „*Gleichheit*“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement M. 2,60.

Versammlungsanzeiger.

Sonntag, den 26. September:
Wanne: Abends 8½ Uhr bei Homburg, Schulstr. 24.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Warnung.

Der Zahlstellenvorstand in Mainz warnt vor einem Logischwindler namens Julius Dammeran, geboren am 15. Juni 1870 in Lilsit. Dammeran versucht seinen Schwindel vornehmlich bei Verbandsmitgliedern. Er gibt an, Verbandsmitglied zu sein, sein Mitgliedsbuch, aber in irgendeinem Ort zurückgelassen zu haben. Logische Leute, die seinen Angaben trauen, haben das Nachsehen. Dammeran ist kein Verbandsmitglied. Wer sich vor Schaden bewahren will, hüte sich vor diesem Menschen.

Der Zentralvorstand.

Berichte aus den Zahlstellen.

Cammer. Am 6. September tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war. Kamerad Witt-Berlin referierte über: „Die Aufgaben unseres Verbandes während der Kriegszeit.“ Einstimmig stimmten die Versammelten seinen Ausführungen zu und versprachen, alles zu tun, um die Organisation intakt zu halten. Von 31 Mitgliedern wurden bisher 11 zum Militärdienst eingezogen, darunter befindet sich auch der Kassierer. In dessen Vertretung erledigt der Vorsitzende die Kassengeschäfte vorläufig mit. Auf seinen Wunsch wurde aber Vorsorge getroffen, daß zu Beginn des vierten Quartals ein anderer tüchtiger Kamerad diese Funktion ausübt.

Salle a. d. S. In der Mitgliederversammlung, die am 5. September im Volkspark stattfand, gab der Vorsitzende zunächst bekannt, aus welchen Gründen die Augustversammlung nicht stattgefunden hat. Dann gab der Kassierer Bericht von der Abrechnung vom zweiten Quartal. Einnahme M. 8022,01, Ausgabe M. 5049,15, Bestand M. 172,86. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Ferner wurde bekanntgegeben, daß 108 Kameraden zum Militär eingezogen worden sind, davon ledig 31, verheiratet 77 mit 106 Kindern. Arbeitslos waren 10 Verheiratete mit 34 Kindern. Nach Posen sind 12 ab-

Sterbetafel.

München. Am 6. September starb Kamerad Georg Hoffmeier im Alter von 52 Jahren.

Weimar. Am 8. September starb an Lebererweiterung unser Kamerad Max Loch aus Mellingen im Alter von 28 Jahren.